

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Girisch-Dünder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanp. 25 Pf., Familienanp. 15 Pf.
Vereinsanp. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 72.

Berlin, Mittwoch, 8. September 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Ende des schwedischen Generalstreiks. — Verbrauch an Lebensmitteln und Industrieartikeln. — Die Verteilung des Tarifbrudes. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Wer über alle Vorgänge in der Arbeiterbewegung gründlich unterrichtet sein will, kann den

„Gewerksverein“

nicht entbehren. Wer für die Organisation mit Erfolg wirken will, muß Leser des Verbandsorgans sein. Der Preis beträgt vierteljährlich 65 Pfg., bei freier Zustellung durch den Briefträger 83 Pfg. Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

Kein Kollege darf versäumen, jetzt am Ende des Quartals die Werbearbeit für den „Gewerksverein“ wieder aufzunehmen!

Das Ende des schwedischen Generalstreiks.

Die entscheidende Wendung in dem wirtschaftlichen Kriegenkampf ist am Freitagabend eingetreten. Den Bemühungen des staatlichen Vertrauensmannes Cederborg ist es gelungen, zwischen dem sozialistischen Landessekretariat und einer Reihe von Unternehmerverbänden einen Vergleich zustande zu bringen, nach dem sich die Arbeiter verpflichteten, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, während die Unternehmer auf jede Maßregelung zu verzichten und alle noch bestehenden Differenzen einem Schiedsgericht zu unterbreiten sich bereit erklärten. Nur die bei den Mitgliedern des schwedischen Arbeitgeberverbandes (Svenska Arbetsgivareföreningen) beschäftigten Arbeiter verharren auch weiterhin im Auslande. Damit also wird die Situation wieder hergestellt, wie sie am 3. August, dem Tage vor Ausbruch des Generalstreiks, bestand. Die von dem genannten Arbeitgeberverband ausgesperrten Arbeiter bleiben zunächst auch weiter auf dem Pflaster liegen.

Die Leitung der Streikenden hat die von dieser Vereinbarung berührten Arbeiter aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Erwartet wird, daß die Regierung nunmehr Schritte unternimmt, um auch den noch bestehenden Konflikt zwischen den ausgesperrten Arbeitern und dem Arbeitgeberverband zu beseitigen. Wir hoffen aufrichtig, daß auch diese Bemühungen von Erfolg gekrönt sind, damit das von diesem schweren Kampfe betroffene Schweden wieder zur Ruhe gelangt und seine Bewohner der gewohnten friedlichen Beschäftigung wieder nachgehen können. Wir wünschen eine friedliche Verständigung auch deshalb, weil jetzt weder die eine noch die andere Partei sich als Sieger aufspielen kann, was bei der unterlegenen Partei ein Gefühl der Verbitte- rung erregen muß, das bei der ersten Gelegenheit wieder zum Ausbruch gelangen könnte.

Das letzte Wort über den schwedischen Generalstreik ist zweifellos noch nicht gesprochen. Die Erfahrungen, welche die Arbeiterschaft aller Länder

daraus hat schöpfen können, werden noch zu mancherlei Diskussionen Anlaß geben. Darüber aber kann keine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß die Arbeiter Schwedens sich durch ihre musterhafte Haltung und die trotz aller Entbehrungen gewährte straffe Disziplin die Anerkennung der gesamten zivilisierten Welt gewonnen haben. Es darf ohne Ueberreibung behauptet werden, daß vielleicht in keinem anderen Lande dieser Kampf einen so ruhigen Verlauf genommen hätte. Aber auch in keinem anderen Lande hätte er deswegen so lange gedauert. Und wie man auch über den Generalstreik denken möge: Das einmütige Zusammenhalten der Streikenden muß jedem Bewunderung abnötigen. Denn auch in der vergangenen Woche hatte sich die Zahl der Streikenden nur um weitere 8 Prozent vermindert, so daß im ganzen immer noch 84 Prozent im Auslande verharren. Böllige Klarheit über die jetzige Lage werden erst die nächsten Tage bringen. Wir werden nicht versäumen, unsere Leser darüber zu unterrichten.

Heute müssen wir noch eine Anrempelung zurückweisen, die sich der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsnummer gegen uns erlaubt. In unserer Nummer 70 hatten wir eine Zuschrift des schwedischen Arbeiterbundes veröffentlicht, die einen Bericht gibt über die Entwicklung der ganzen Bewegung und über die Gründe, welche den Vorstand dieser Organisation veranlaßt hatten, seinen Mitgliedern von der weiteren Teilnahme am Streik abzuraten. An diesen Bericht hatten wir eine kurze Polemik gegen den „Vorwärts“ geknüpft, dessen Berichterstattung wir als nicht objektiv und unparteiisch bezeichnen konnten. Daraus nun macht der „Vorwärts“ eine Verteidigung“ des schwedischen Arbeiterbundes, den er von neuem als eine gelbe Organisation bezeichnet. Eine Unwahrheit wird auch dadurch nicht zur Wahrheit, daß man sie immer und immer wieder behauptet. Wir können auch nur wiederholen, daß jede Organisation, die nicht sozialdemokratisch ist, es sich gefallen lassen muß, vom „Vorwärts“ als gelb bezeichnet zu werden. Daraus darf man sich nichts machen. Wenn aber der schwedische Arbeiterbund wirklich gelb wäre, würden dann wohl seine Mitglieder mit in den Streik gegangen sein? Hätte dann der Vorstand des Bundes es nötig gehabt, sich an uns um materielle Unterstützung zu wenden, die er auch erhalten hat? Wären die infamen Verdächtigungen des „Vorwärts“, die auch in dem Bericht des schwedischen Arbeiterbundes bereits als gemeine Lüge bezeichnet worden sind, richtig, hätte dann nicht die Unternehmerorganisation dafür gesorgt, daß die „Gelben“ keine Not litten? Auch diese Tatsachen beweisen mit aller Deutlichkeit, daß sich der „Vorwärts“ wieder einmal eine jener niederträchtigen Verleumdungen erdreistet hat, wie man sie auf jener Seite allerdings gewohnt ist.

Außerdem kann von einer Verteidigung des schwedischen Arbeiterbundes bei uns gar nicht die Rede sein. Wir haben einfach den uns übermittelten Bericht veröffentlicht, ohne über die Laktif des Arbeiterbundes ein Urteil zu fällen. Denn man kann zweifellos darüber streiten, ob es richtig ist, einen Kampf, den man mit anderen zusammen begonnen hat, plötzlich aufzuheben. Diese und ähnliche Erwägungen haben wir unterlassen. Die Verantwortung für seine Haltung wird der schwedische Arbeiterbund schon selbst zu tragen wissen.

Auf die übrigen faulen Witze des „Vorwärts“ gehen wir nicht ein. Aber einen Denkfetzel müssen wir ihm doch noch geben. Wenn sich seine Redakteure auf das hohe Pferd setzen und sich bei gewerkschaftlichen Kämpfen die Rolle der Sittenrichter anmaßen, so kommt uns das immer so vor, als wenn die Böcke das Amt des Gärtners ausüben. Sie, die selbst nur durch einen Streikbruch in die Redaktion gelangt sind, haben das Recht verwirrt, anderen Vorschriften über ihr Verhalten in gewerkschaftlichen Dingen zu machen. Wer selbst im Glashause sitzt, soll sich hüten, mit Steinen zu werfen.

Unsere Haltung in dem schwedischen Generalstreik ist von Anfang an eine korrekte gewesen. Wir haben niemals Zweifel daran gelassen, daß wir grundsätzlich den Generalstreik verwerfen. Wenn wir trotzdem zu Geldsammlungen aufgefordert haben, so geschah es, um die schwere Not und das Elend zu lindern, das über zahlreiche wider Willen in den Kampf gezogene schwedische Arbeiter hereinbrechen mußte. Mit Freuden können wir konstatieren, daß der Appell an unsere Mitglieder nicht ungehört verhallt ist. Unsere Berichterstattung über den Kampf hat sich stets rein objektiv gehalten. Wir haben uns ebensowenig auf die Angaben der Unternehmer verlassen, wie wir den großmäuligen Tiraden des „Vorwärts“ Glauben geschenkt haben. Deshalb haben wir uns eigentlich gewundert, daß diese Anrempelung nicht schon längst erfolgt ist. Denn eine Verständigung zwischen diesem Blatte und uns gibt es nicht. Uns trennt eine Weltanschauung von einander. Das muß zu dauernden Reibungen führen. Dabei lassen wir uns Vorschriften irgend welcher Art über unsere Haltung vom „Vorwärts“ nicht machen. Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften mag er schubriegeln, so viel er will. Jeder verdient die Behandlung, die er sich gefallen läßt. Unser Weg schreibt uns die eigene Ueberzeugung vor. Ihn werden wir wandeln unbeirrt um die Angriffe, denen wir von rechts und von links ausgesetzt sind. Und möge der Kampf noch so schwer sein, so wird sich unsere Laktif stets von der des „Vorwärts“ dadurch unterscheiden, daß wir ehrlich und offen kämpfen. Das sind Eigenschaften, die man in der „Vorwärts“-redaktion allerdings nicht kennt und die auch der demagogischen Art dieses Blattes gegenüber vielleicht nicht angebracht sind. Nichtsdestoweniger werden wir daran festhalten, weil wir überzeugt sind, daß wir den wahren Interessen der Arbeiter damit am meisten dienen, und die sind für uns das oberste Gesetz.

Verbrauch an Lebensmitteln und Industrieartikeln.

Das kürzlich erschienene „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“, dem wir die Zahlen über die deutschen Unternehmerverbände entnommen haben, gibt uns auch näheren Aufschluß über den Verbrauch an Lebensmitteln und wichtigen Industrieartikeln. Es ist sicherlich interessant, aus der Statistik feststellen zu können, wieviel davon auf den Kopf der Bevölkerung kommt.

Der zum Verbrauch für menschliche und tierische Ernährung und gewerbliche Zwecke verfügbare Roggen betrug 142,4 Kilogr. gegen 143,5 Kilogr. im Jahre vorher, weist also einen immerhin nicht unerheblichen Rückgang auf. Wenn man einen Rückblick wirft auf die letzten 15 Jahre, so zeigt sich, daß der Verbrauch nur im Jahre 1901/02 mit 137,7 Kilogr. geringer war. An Weizen

und Speis kamen auf den Kopf der Bevölkerung 90,7 Kilogr. gegen 94,4 Kilogr. Also auch hier ist eine wesentlich geringere Verbrauchsmenge zu konstatieren. Anders ist das Bild bei der Getreide. Hier wurden pro Kopf der Bevölkerung 86,9 Kilogr. gegen 82,5 Kilogr. verbraucht. Dieser hohe Stand ist noch niemals in den letzten 15 Jahren erreicht worden. Die Verbrauchsziffer für Safer ist 131,5 Kilogr. gegen 126,3 Kilogr. Auch damit ist die höchste Ziffer in den letzten 15 Jahren erreicht. Was die Kartoffeln anbetrifft, so belief sich die Verbrauchsmenge auf 625,5 Kilogr. gegen 592,6 Kilogr. Gerade bei diesem so wichtigen Nahrungsmittel zeigen sich die größten Schwankungen. So betrug z. B. die Verbrauchsmenge im Jahre 1905/06 687 Kilogr., während sie im Jahre 1896/97 nur die Ziffer 496,5 aufwies.

Der Branntweinverbrauch betrug im Betriebsjahre 1907/08 6,3 Liter auf den Kopf gegen 6,1 Liter im Vorjahre. Es ist also ein, wenn auch nur geringes Steigen bemerkbar. Fast man dagegen je 5 Jahre zusammen, so betrug im Durchschnitt im letzten Jahrzehnt der Verbrauch jährlich nur 6,18 Liter gegen 6,22 Liter im vorausgegangenem Jahrzehnt. Dabei zeigt der Trinkenbranntwein mit 3,86 Liter gegen 4,26 Liter einen bemerkenswerten Rückgang. Der Bierverbrauch im Biersteuergebiet weist dieselbe Zahl wie im Vorjahre auf, nämlich 98 Liter auf den Kopf der Bevölkerung. Dabei muß allerdings bemerkt werden, daß für einzelne Landesteile wesentlich andere Zahlen verzeichnet werden müssen. Im flässiichen Lande des Bieres, in Bayern z. B., beträgt der Bierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung 240 Liter, in Württemberg 169 Liter, in Baden 168 Liter, in Elsaß-Lothringen 98 Liter. In Bayern, wo sich in den Jahren 1899 bis 1903 ein mächtiger Rückgang zeigte, ist seitdem eine ebensolche Steigerung wieder zu beobachten. Fast man das ganze Deutsche Reich ins Auge, einschließlich Luxemburg, so beträgt der Durchschnittsverbrauch an Bier pro Jahr 118 Liter.

An Tabak und zwar sowohl rohem, wie zu Zigarren und Zigaretten verarbeitetem, wurden pro Kopf der Bevölkerung 1,6 Kilogr. verbraucht, gegen vorher 1,5 Kilogr. Der Verbrauch des Salzes weist wie in früheren Jahren wiederum eine Steigerung auf. Während im vorigen Jahre noch 21,8 Kilogr. auf den Kopf kamen, beträgt die Verbrauchsmenge in diesem Jahre 22,5 Kilogr. Diese nicht unbeträchtliche Zunahme entfällt fast ausschließlich auf den Gebrauch zu gewerblichen Zwecken. Der Speisefalzverbrauch betrug 7,9 Kilogr. gegen 7,8 Kilogr. in den beiden Vorjahren. Eine stetige, wenn auch langsame Steigerung weist der Zuckerverbrauch auf. Er ist von 14,4 Kilogr. in den Jahren 1904/05 auf 17,1 Kilogr. im Berichtsjahre gestiegen. In den siebziger Jahren hatte der Verbrauch an Zucker noch nicht ganz 6 Kilogr. betragen, und es ist gewiß bezeichnend, daß er in den neunziger Jahren erst über 10 Kilogr. gestiegen ist.

An Steinkohle wurden verbraucht 2196 Kilogr. gegen 2065 im Jahre 1906. 1897 betrug der Verbrauch nur 1576 Kilogr., so daß also der Unterschied in diesen 10 Jahren größer als 600 Kilogr. ist. Diese Zahlen deuten hin auf die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung in dem abgelaufenen Jahrzehnt. Ähnliches läßt sich vom Verbrauch der Braunkohle sagen. Er hat stärker zugenommen als in irgend einem der Vorjahre und betrug 1147 Kilogr. gegen 1056 im Jahre vorher. Eine nicht so erhebliche Steigerung weist der Kohlenisenerverbrauch auf, der sich auf 208,9 Kilogr. belief gegen 197,8 Kilogr. im Jahre 1906. Bei den übrigen Metallen ist im Verbrauch ein wenn auch nur geringer Rückgang zu verzeichnen. Der Zinkverbrauch ging von 1906/07 zurück von 2,9 Kilogr. auf 2,7 Kilogr., der Verbrauch von Blei von 3,2 Kilogr. auf 3,0 Kilogr. und der Verbrauch von Kupfer von 2,5 Kilogr. auf 2,4 Kilogr.

Für Kohle und Metalle lagen noch keine Zahlen für das Jahr 1908 vor. Wichtig aus diesem Grunde sind zum Vergleiche die für die Jahre 1906 und 1907 maßgebenden Zahlen herangezogen worden.

Zum Schluß noch einige Daten über einige ausländische Erzeugnisse. Der Verbrauch der Baumwolle im Jahre 1908 belief sich auf 6,79 Kilogr. gegen 7,29 Kilogr. im Jahre 1907. Es ist also ein Rückgang zu verzeichnen. Der Verbrauch an ausländischen Gewürzen betrug 0,20 Kilogr. gegen 0,17 Kilogr.; an Gerichten wurden verbraucht 2,85 Kilogr. gegen 3,12 Kilogr., an Kaffee 3,08 Kilogr. gegen 3,02 Kilogr., an Pfeffer ebenso wie im Vorjahre 0,52 Kilogr. Der Reis weist eine Verbrauchsmenge von 2,53 Kilogr. gegen 2,51 Kilogr. auf. Südrüchste 3,07 Kilogr. gegen 2,96 Kilogr. Die verbrauchte Teemenge beträgt wie in den beiden Vorjahren 0,06 Kilogr. Der Verbrauch von Jute ist von 2,89 auf 2,83 Kilogr. gesunken, der des Petroleums von 17,81 auf 17,97 Kilogr. gestiegen.

Wenn im nächsten Jahre wieder diese Statistik veröffentlicht wird, dann wird man sicherlich die Beobachtung machen können, daß bei denjenigen Gegenständen, die durch die berühmte Finanzreform mit Steuern bedacht worden sind, wie Branntwein, Bier und Tabak, wesentlich geringere Verbrauchsmengen zu verzeichnen sind als in diesem Jahre.

Die Verteidigung des Tarifbruches

Ist die neueste Glanzleistung des sozialdemokratischen Zentralorgans. Der Tarifbruch der schwedischen Typographen hat bekanntlich die Sympathien für die im Generalstreik befindlichen schwedischen Arbeiter in vielen Kreisen der Bevölkerung erheblich abgeflacht. Für den Schwedischen Arbeiterbund ist er sogar der Anstoß gewesen, sich von der Beteiligung am Streik zurückzuziehen. Nun besteht auch im deutschen Buchdruckgewerbe ein mustergültiger Tarifvertrag, und es ist nur natürlich, daß die Vorgänge in Schweden auch in unseren Buchdruckerkreisen Anlaß zu Diskussionen gegeben haben, wie in einem ähnlichen Falle wohl die im deutschen Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiter handeln müßten. Infolge dieser Diskussionen und zahlreicher auf die Sache bezüglicher Zuschriften hat sich das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker mit der Angelegenheit beschäftigt und folgende Bekanntmachung veröffentlicht:

Bekanntmachung.

Auf Grund zahlreicher Anfragen und nach Kenntnisnahme von Artiteln, die seitens der Tagespresse unter Bezugnahme auf den Generalausstand in Schweden über den zweifelhaften Wert der Tarifverträge im allgemeinen und des Buchdruckergewerbes im besonderen veröffentlicht worden sind, hat das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in seiner Plenarsitzung vom 28. August zu diesen Zuschriften und Publikationen Stellung genommen, soweit es sich hierbei um Angriffe und Schlussfolgerungen auf die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker handelt. Diesen Kundgebungen gegenüber erklärt das Tarifamt es für ausgeschlossen, daß vor dem ordnungsgemäßen Ablaufe des tariflichen Vertragsabverhältnisses und infolge der nebeneinander bestehenden Verträge, die zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Buchdruckgewerbe abgeschlossen sind und die ausdrücklich Klassenbindungen, Arbeitsniederlegungen und Ausprägungen ausschließen, tiefgehende Störungen im deutschen Buchdruckgewerbe eintreten können.

Berlin, den 24. August 1909.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Georg W. Bügenstein, 1. S. Gieseler, Prinzipalvorstehender, Gehilfenvorstehender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Der „Vorwärts“ ist über diese Rundgebung rein aus dem Häuschen geraten. Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker hätte nach seiner Ansicht im Interesse seines eigenen Ansehens besser über diese Dinge geschwiegen. Gewaltige politische Ereignisse oder große wirtschaftliche Katastrophen müßten eben alle Paragrafen beiseite schwemmen. Der „Vorwärts“ ist also empört darüber, daß das Tarifamt entschlossen ist, für unbedingte Innehaltung des geltenden Tarifvertrages zu sorgen. Man kann diese Stellung des „Vorwärts“ verstehen. Als unentwegter Vorämpfer der Klassenkampfidee muß ihm der Tarifgedanke an sich schon ein Gräuelfein. Er muß ihn bekämpfen, denn jeder Tarifvertrag bedeutet eine friedliche Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, eine Versöhnung, wie sie von den Deutschen Gewerkschaften seit ihrem Bestehen bestritten worden ist. Daß auch die „freien“ Gewerkschaften sich mehr und mehr zu diesen Grundanschauungen bekennen, sich zu uns herübergemauert haben, mit anderen Worten „Harmoniebüdler“ geworden sind, kann dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, mit der ja die Gewerkschaften bekanntlich eins sein sollen, nicht gleichgültig sein. Wir können dem Blatt den Schmerz nachfühlen. Deshalb wundert es uns auch gar nicht, daß der „Vorwärts“ in so gebäufiger Weise über die Bekanntmachung des Tarifamts vom Leder zieht. Aendern wird er freilich an den bestehenden Tatsachen dadurch nichts, und der Tarifgedanke wird sich auch weiter Bahn brechen, soviel Hindernisse ihm auch der „Vorwärts“ und seine getreue Gefolgschaft in den Weg legen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 7. September 1909.

Die Finanzklemme wird immer schlimmer. In diesen Tagen sind die Abschlüsse der einzelnen Reichskämter veröffentlicht worden. Sie lassen mit erschreckender Deutlichkeit erkennen, daß das erwartete Defizit weit übertroffen worden ist. Der Fehlbetrag beträgt für das Rechnungsjahr 1908 des Reichshaushalts

nicht weniger als 122 Millionen Mark. Eine nette Wirtschaft! Da kann man schon heute mit ziemlicher Bestimmtheit darauf rechnen, daß eine neue „Finanzreform“ in nicht allzu weiter Ferne schwebt, namentlich da auch die erwarteten Ergebnisse der bereits erledigten Reformen an sie gestellten Erwartungen sicherlich nicht entsprechen werden.

Auf eine allmähliche Hebung der wirtschaftlichen Lage kann man rechnen, wenn man den auswärtigen Warenverkehr des Deutschen Reiches als Maßstab gelten läßt. Die amtliche Handelsstatistik nämlich für das erste Halbjahr 1909 weist einen entschieden günstigeren Gesamtabschluß auf als im Vorjahre. Denn in den ersten sechs Monaten belief sich der Warenverkehr in Einfuhr und Ausfuhr auf 7347 Millionen Mark gegen 7084 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres. An dieser Zunahme ist die Einfuhr mit 168,5 Millionen, die Ausfuhr mit 94 Millionen beteiligt. Freilich bleiben Einfuhr und Ausfuhr noch ganz erheblich gegen das außergewöhnlich günstige Ergebnis des Jahres 1907 zurück, wo in der gleichen Zeit die Einfuhr um 298 Millionen und die Ausfuhr um 124 Millionen größer war. Bringt man von der Steigerung der Ausfuhr um 94 Millionen die 35 Millionen in Abzug, welche auf Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft entfallen, so bleibt für die Industrie ein Zuwachs von 59 Millionen. Aus dem Vergleich der Zahlen des letzten und des laufenden Jahres in den einzelnen Warengruppen läßt sich die Lage der verschiedenen Industriezweige beurteilen. Die Einfuhr von Erzen ist um 8 Millionen gestiegen, die von Erzenstoffen um 4 Millionen zurückgegangen, während die Ausfuhr nahezu gleich blieb. Eine nicht unwesentliche Steigerung hat die Ausfuhr der chemischen Industrie aufzuweisen; an dem Zuwachs von 31 Millionen nehmen Farben und Farbstoffe, Säuren und chemische Grundstoffe teil. Leider scheint aber die Textilindustrie ihre Verluste des vorigen Jahres noch nicht einzuholen; denn mit 568 Millionen bleibt die Ausfuhr noch um 20 Millionen gegen das Vorjahr zurück. Daraus sind beteiligt Seide, Wolle, Baumwolle und Waren daraus, sowie Kleider und Putzwaren. Dagegen ist die Ausfuhr von Leder- und Kürschnerwaren um den Betrag von 22 Millionen gestiegen, während Hautschuwaren noch einen Rückgang von 3 Millionen zu verzeichnen haben. Auch Glas- und Tonwaren büßten 10 Millionen ein. Die Ausfuhr von Maschinen blieb mit 325 Millionen noch um 15 Millionen gegen das Vorjahr zurück, während die Erzeugnisse der Elektrotechnik 3 Millionen gewannen.

Berichtigung. Die Zigarettenfabriken von J. G. Bruns in Eisenach legen Wert auf die Feststellung, daß sie in ihrer Zigarettenfabrik Rangensfeld keine Zigarettenarbeiter entlassen haben, wie wir in Nr. 65 auf Grund verschiedener Zeitungsnachrichten mitgeteilt hatten.

Arbeiterbewegung. In den Betrieben von Godefroy u. Elsässer in Brühl und Lautenbachzell sind etwa 450 Weber und Weberinnen in den Streik getreten, weil die Firma die Bedienung von vier Webstühlen, anstatt bisher zwei und drei, einzuführen sich bemühte. — Nach 16wöchentlicher Dauer ist der Streik der Tischler in Ronitz beendet worden. Leider konnten die Arbeiter nur geringe Vorteile erzielen. — In Rudenwalde sind die Holzarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten, um eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden, eine Erhöhung der Löhne um 5 Pfg. pro Stunde und der Akkordpreise um 10 Prozent, sowie die Sicherung eines Durchschnittsverdienstes zu erzielen. Die Bewegung ist eine Folge davon, daß in Rudenwalde ein Tarifvertrag nicht zustande gekommen ist. — Wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen sind in Stettin und Umgebung die Korbmacher in den Streik getreten.

Christliches Durcheinander in Saarabien. Zu dem Artikel in Nr. 67 des „Gewerksverein“ teilt uns unser Gewährsmann weiter mit, daß jetzt noch einmal wieder alles durcheinander geraten ist. Anscheinend zum letzten Mal, denn man hat ganze Arbeit gemacht. Herr Efferts Herrlichkeit als saarabischer Bezirksleiter hat nicht lange gedauert; er geht in das Ruhrrevier zurück, allwo er unentbehrlich sein soll. Aber auch Herr Gutsch wird verändert sich, wie wir es bereits in dem Artikel angekündigt haben. Da der neue Eisenbahnerverband ihn als Redakteur resp. Geschäftsführer anstellt, braucht er nicht unter die Unzufriedenen zu gehen. An Efferts Stelle tritt ein Herr Dimert aus Westfalen und als Kartellbeamter soll vom 1. Oktober ab Herr Waltrusch aus

Erfurt hier wirken. Ob nun die neuen Herren mit „neuen Beisen“ arbeiten und das Durcheinander dann aufhört, muß abgewartet werden.

Die Beiträge für einen „gelben“ Arbeiterverein dürfen nicht vom Lohne abgezogen werden, so hat kürzlich das Berliner Gewerbegericht entschieden. Der Sachverhalt war folgender: Eine Anzahl Arbeiter einer Berliner Maschinenfabrik, die einen sogenannten Unterstützungsverein gegründet, d. h. mit anderen Worten sich eine „gelbe“ Garde gebildet hatte, klagte auf Zurückzahlung von 2 Mark, die ihnen von ihrem Lohn für Beiträge zu dem Unterstützungsverein zurückbehalten worden sind. Im Januar d. J. hatte eine Versammlung von Arbeitern, welche Mitglieder des genannten Unterstützungsvereins waren, darunter auch die Kläger, ihren Austritt aus dem Verein beschlossen. Diesen Beschluß hat eine von der Versammlung gewählte Kommission der beklagten Firma mitgeteilt. Die Kläger behaupteten, daß diese Kommission der Firma eine von ihnen unterschriebene Austrittserklärung übergeben habe, was aber die Firma bestritt. Die Beiträge, welche nach dem Statut wöchentlich für männliche Arbeiter 20 Pfg. ausmachen, wurden in der Weise entrichtet, daß der in jeder Woche zur Auszahlung gelangende Lohnbetrag um den Beitrag gekürzt und dieser Beitrag von der Firma an den Verein abgeführt wurde. Auch nach dem Austritt aus dem Unterstützungsverein ist den Klägern der Lohn nur unter Kürzung der Vereinsbeiträge ausgezahlt worden, und diese nach ihrer Meinung zu Unrecht abgezogenen Vereinsbeiträge, insgesamt 2 Mark für jeden, verlangten sie zurück.

Das Gewerbegericht verurteilte die Firma zur Zurückzahlung der geforderten Summe, da sie nach der Gewerbeordnung nicht das Recht habe, derartige Abzüge vom Lohn zu machen. Auch an Dritte darf sie von dem Lohn nichts zahlen, sofern derselbe 1500 Mark jährlich nicht übersteigt.

Zu dem Kapitel von dem „Mitarbeiter“, als welche man die Handlungsgehilfen oft bezeichnet, um ihnen nahe zu legen, daß sie eine ganz andere Stellung einnehmen wie die Arbeiter, liefert ein Vorkommnis die richtige Beleuchtung, das die „Kaufm. Rundschau“ aus Danzig berichtet. Die dortige Firma August Nombor hat einem langjährigen Angestellten die Kündigung übermittelt und folgendes Zeugnis ausgestellt:

Danzig, den 8. August 1908.

Herr Gustav Somann, geb. d. 16. Januar 1847, hat in meinem Geschäft während zweier Perioden eine Tätigkeit als Verkäufer und Lager-Vorsteher zu meiner Zufriedenheit ausgeübt.

Die erste Periode fällt in die Zeit vom 1. August 1871 bis 1. Oktober 1876. Die zweite in die Zeit vom 1. April 1890 und endet am 1. Oktober 08.

Herr Somann ist mir in der langen Zeit ein fleißiger, treuer und gewissenhafter Mitarbeiter gewesen, dem ich volle Anerkennung zolle; er scheidet aus seiner Tätigkeit, weil ich infolge des Todes meines Sohnes genötigt bin, mir eine jüngere Kraft zur Unterstützung zu nehmen.

Meine besten Wünsche begleiten Herrn Somann in seinem späteren Wirkungskreise.

gez. Otto Nombor, i. Fa.: August Nombor.

Von den „besten Wünschen“ des Herrn Nombor wird der jedenfalls nicht mehr sehr junge Angestellte, der fast fünfundsiebzig Jahre seine besten Kräfte der Firma geopfert hat, kaum satt werden. Der Vorgang bildet daher eine Mahnung zum Anschluß an die Organisation für alle diejenigen Kaufleute und Angestellten, die in einem unbegreiflichen Ständesünfel davon bisher nichts wissen wollten. Allen unseren Verbandskollegen empfehlen wir deshalb, hiervon gebührend Kenntnis zu nehmen und in ihren Freundes- und Bekanntenkreisen davon Gebrauch zu machen. Den Gleichgültigen müssen durch solche Tatsachen die Augen geöffnet und die Agitation für unseren Verein der Deutschen Kaufleute muß dadurch erleichtert werden.

Eine schärfere Beaufsichtigung der Baugenossenschaften verlangt eine Anweisung, die das preussische Ministerium des Innern vor kurzem an die Verwaltungsbehörden erlassen hat. Es wird darin aufgefodert, daß Baugenossenschaften, die mehr als ein Haus besitzen, in ihrer Bilanz eine Spezifikation des Kontos „Miethäuser“ oder des Hauskontos beizufügen haben. Darin sind der ursprüngliche Herstellungsbetrag, die Zuschreibungen für Erweiterungen, die Abschreibungen in den Vorjahren und im Berichtsjahre, sowie der Grundstücksbuchwert für jedes Gebäude oder jede einheitlich beliehene Gebäudegruppe getrennt aufzuführen und nach Bedarf zu erläutern. Baugenossenschaf-

ten, die staatliche Hypotheken erhalten haben, müssen bei dem Gebäudekonto mindestens so viel abzdreiben, wie von der Staatshypothek getilgt worden ist. Diese Forderung ist den Baugenossenschaften in der Form rechtsverbindlich aufzuerlegen, daß im nächsten Beleihungsvertrag und in allen künftigen diese Bedingung für alle staatsseitig beliehene Häuser gestellt und die Nichtbefolgung als Grund vorzeitiger Kündigung des Staatsdarlehens festgelegt wird.

Was bedeutet das Ministerium des Innern wohl mit dieser Erschwerung der Geschäftsführung der Baugenossenschaften?

Vom Glend der „Stehtragen-Proletarier“. Die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“, das Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, veröffentlicht folgendes Angebot, das einem Bundesfreunde, der die Königl. Maschinenbauschule durchgemacht hat und auf eine mehrjährige Praxis — davon zwei Jahre auf dem Spezialgebiet drahtloser Telegraphie — zurückblickt, auf sein Bewerbungsschreiben gemacht worden ist:

„Berlin SW. 61, den 22. Juli 1908.

X. Nr. 8167/08.

R. M.

Herrn

Im Besth Ihres Gesuchten vom 16. cr. teilen wir Ihnen mit, daß wir eventl. nicht abgeneigt sind, Sie in unserm Betriebe einzustellen.

Unsere Bedingungen sind folgende: Wir stellen Sie provisorisch 1 Monat in unserm Betriebe an, bei wöchentlich Kündigung. Die Zeit dient lediglich zu Instruktionszwecken für Sie und zur Informierung für uns, über welche Kenntnisse Sie verfügen. Als Vergütung erhalten Sie 15 Mk. pro Woche. Danach erfolgt eine probeweise Anstellung auf 1 bis 2 Monate mit 25 Mk. Wochenlohn, und wenn Sie nach Absolvierung dieser Zeit unseren Anforderungen genügen, erfolgt die definitive Anstellung. Wenn Sie mit diesen Bedingungen einverstanden sind, bitten wir um Mitteilung.

Hochachtungsvoll

Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. gez. (unleserlich) gez. i. B. Reinhard.

Fürwahr, traurige Zustände! Ob sich denn aber eine solche Firma gar nicht schämt, einem gebildeten Menschen so etwas anzubieten?

Die Aufwendungen der 31 deutschen Landes-Versicherungsanstalten für gemeinnützige Wohnungsbau betragen Ende des Jahres 1908, einschließl. der Aufwendungen der Kasseneinrichtungen, in Millionen Mark:

| | Zusammen |
|---|----------|
| Darlehen für den Bau von Familienwohnungen | 225,6 |
| Darlehen für den Bau von Ledigenheimen, Hospizen usw. | 13,8 |
| Darlehen für den Bau von Krankenhäusern usw. | 340,1 |
| Für Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedarfs | 95,9 |
| Summa | 675,4 |
| Dazu für die eigenen Heilstättenverausgabt | 53,7 |
| Gemeinnützige Vermögensanlage insgesamt | 729,1. |

Die Forderung von Lohnämtern für die Heimarbeit, die in England bereits erfüllt ist, in Deutschland leider von der Regierung abgelehnt wird, hat auch in Frankreich zahlreiche Anhänger gewonnen. Der Abgeordnete de Mun hat im April d. J. der Deputiertenkammer einen diesbezüglichen Entwurf eingereicht, in dem Lohnämter für bestimmte Berufe und bestimmte Gebiete verlangt werden. Diese Lohnämter sollen sich paritätisch aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern zusammensetzen. Das aktive und passive Wahlrecht zu den Lohnämtern sollen alle in den betreffenden Bezirken wohnenden Unternehmer und Arbeiter des betreffenden Berufes ohne Unterschied des Geschlechts haben. Auch ehemalige Unternehmer und Heimarbeiter, die mehr als 10 Jahre in dem Berufe tätig waren, sollen in die Lohnämter gewählt werden dürfen, selbst aber kein Wahlrecht haben. Der Vorsitzende soll aus der Mitte des Lohnamts gewählt werden. Gleichzeitig mit den Lohnämtern soll die Registrierung eingeführt werden. Jeder Unternehmer hat bei der Gewerbeinspektion eine Liste aller von ihm beschäftigten Heimarbeiter, auch derjenigen, die von seinen Zwischenmeistern beschäftigt werden, einzureichen. Das Lohnamt hat einen Minimalstundenlohn für Durchschnittsarbeiter festzusetzen; es kann aber außerdem auch abgestufte Tarife nach Stücklohn für bestimmte Arbeitsrichtungen festsetzen. Auch wo keine festen Minimaltarife bestehen, muß der

Stücklohn so berechnet werden, daß der für Durchschnittsarbeiter festgestellte Minimalstundlohn erreicht wird. Der Hauptunternehmer ist haftbar, daß alle Heimarbeiter, auch die durch Zwischenmeister für ihn beschäftigten, den Minimallohn erreichen. Für Uebertretungen der Lohngebote sind Strafen von 16 bis 300 Frs. vorgesehen. Strafanträge können sowohl durch die Gewerbeinspektion als auch durch die am Gewerbe beteiligten Organisationen gestellt werden. Zivilrechtlich bleibt der Unternehmer außerdem 3 Jahre lang verpflichtet, die zu wenig gezahlten Löhne nachzuzahlen. Als höhere Instanz ist eine Art Oberlohnamt vorgesehen, das sich aus Delegierten der verschiedenen Lohnämter für einen Beruf zusammensetzt. Seine Aufgabe soll es sein, die verschiedenen Tarife zu prüfen und miteinander in Einklang zu bringen. Gegen die Festsetzungen der Lohnämter kann von jeder an dem Gewerbe beteiligten Person oder Organisation bei dem Oberlohnamt Einspruch erhoben werden. Die letzte Entscheidung ruht im Schoße des Obersten Arbeitsrates.

Die englischen Trade-Unions halten in dieser Woche ihren 42. Jahreskongreß in Ipswich in Ost-England ab. Wie immer auf diesen Tagungen, ist eine reiche Fülle von Material zu bewältigen. Mehr als hundert Anträge und Resolutions, welche die verschiedenartigsten Gebiete betreffen, sind zu erledigen. Da soll Stellung genommen werden zur Waiseier, zum internationalen Streikbruch; dann soll die Arbeitslosenfrage erörtert werden. Ein Antrag fordert die Errichtung eines besonderen Arbeitsministeriums. Erziehungsfragen sollen besprochen werden, ferner verschiedene Zweige der Arbeiterversicherung, darunter die Abänderung des erst vor kurzem eingeführten Alterspensionengesetzes. Viele Anträge berühren stark das politische Gebiet, so die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Wahlreform, den Militarismus u. a. Zu lebhaften Diskussionen wird voraussichtlich die Frage der Schaffung einer täglich erscheinenden Arbeiterzeitung führen, da schon mehrfach Kongresse sich für die Durchführung des Beschlusses ausgesprochen haben, dessen Wirklichkeit aber bisher noch stets an den erheblichen Kosten gescheitert ist. Weiter darf angenommen werden, daß auch die Frage, ob Gelder der Trade-Unions für politische Zwecke verwendet werden dürfen, einen breiten Spielraum in den Verhandlungen einnehmen wird. Die Tatsache, daß die Vorsitzenden mit ihrer endgültigen Entscheidung über diese Frage noch immer warten, deutet doch darauf hin, daß das Urteil nicht zugunsten der Arbeiter ausfällt. Auch in den Kreisen der Trade-Unions wird diese Ansicht geteilt, weshalb wohl erwartet werden darf, daß man sich mit der Angelegenheit näher beschäftigen wird. Ueber den Verlauf des Kongresses werden wir kurz berichten.

Gewerbvereins-Teil.

Hamburg-Altona. In unserm Ortsverbande sprach am 29. August der Arbeitsekretär Kollege Reuthen-Bremen über Gewerbegerichts- und deren Zusammenfassung. Redner erwähnte, daß die Entstehung der Gewerbegerichte heute im Erwerbsleben eine so bedeutsame Rolle spielen, etwa 100 Jahre zurückliegt. Er schilderte die Gewerbegerichtsgegebung und die heutige Form der Gewerbegerichte, wobei er auch die verschiedenen Wahlsysteme erörterte. Er wies nach, wie unredt das Majoritätswahlsystem für die Gewerbegerichte sei. Mit der Rechtsprechung bei gewerblichen Streitigkeiten habe eine politische Partei, gleichviel welchen Namen sie trägt, nicht das geringste zu schaffen. Tropem seien die Gewerbegerichte von der Sozialdemokratie zu politischen Zwecken mißbraucht worden, indem sie überall versuche, ihre Wortführer als Weisiger wählen zu lassen. Bei der numerischen Stärke dieser Partei habe dies meist auch Erfolg. Man könne es aber den anders denkenden Arbeitern nicht verübeln, wenn sie verlangten, bei der Rechtsprechung mitzubeteiligt zu sein. Das sei aber nur möglich, wenn an Stelle des Majoritätswahlsystems das Verhältniswahlsystem tritt. Für dieses System treten alle gewerblichen Richtungen ein, die Sozialdemokraten aber nur dort, wo sie sich in der Minderheit befinden. In größeren Städten, wie z. B. Hamburg, können sie es ab, indem sie erfahren, sie wollten den Akt nicht abgeben, auf dem sie sitzen. Tropem müsse die Forderung auf Einführung der Verhältniswahl zu den Gewerbegerichten immer von neuem gestellt werden, damit alle gewerblichen Richtungen, insbesondere die Minoritäten, zu ihrem Rechte kommen und Vertrauen zu der Rechtsprechung der Gewerbegerichte behalten.

Der Referent erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion wurde die Meinung vertreten, daß, wenn nach Einführung der Verhältniswahl überhaupt Erfolge erzielt werden sollten, die nichtsozialistischen Arbeiter einheitlich vorgehen müßten. Diese Forderung wurde von der Mehrzahl der Redner als richtig anerkannt und folgende Resolution angenommen: „Die politisch-neutral organisierte Arbeiterkass Hamburg wiederholt hiermit die Forderung“

zung auf Einführung der Verhältniswahl für das Hamburger Gewerbegericht. Die unterzeichnete Organisation als Beauftragte der politisch-neutral organisierten Arbeiter erwartet von der Bürgererschaft sowie von der zuständigen Kommission, die für die Beratung des schon gestellten Antrages eingesetzt ist, daß diesem berechtigtem Wünsche Rechnung getragen wird.

Ortsverband der Deutschen Gewerbevereine Hamburg-Altona.

8. Dagebau. Am Sonnabend, 21. August, hielt der hiesige Ortsverband eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des vor wenigen Tagen verstorbenen Mitgliedes Redakteur Zimmer, dessen Andenken die Versammelten durch Erheben von den Plätzen ehrten. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten hielt sodann der Kollege Müller-Breslau einen Vortrag über: "Die Bedeutung der Deutschen Gewerbevereine in der Arbeiterbewegung".

Redner schilderte die wirtschaftlichen und politischen Zustände in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als uns die Gewerbevereine, die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht gewährt wurden. Es war nur natürlich, daß die mit der rapiden Zunahme der Großindustrie entstehende Arbeiterfrage von diesen gewerblichen Arbeitervereinen in Betracht gezogen wurde. Den Anstoß dazu gab unser verstorbenen Anwalt Dr. Max Hirsch durch seine "Sozialen Briefe", in denen er seine in England gemachten Erfahrungen der Öffentlichkeit übermittelte. Das Programm unseres Anwalts war durchaus geeignet, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterfrage zu heben und hätte dieses Ziel auch erreicht, wenn nicht die marxistischen Lehren hemmend in die Arbeiterbewegung eingegriffen hätten. Redner schilderte dann eingehend die Unmöglichkeit der Durchführung dieser Ideen, die allerdings die Arbeiterfrage stark ergriffen. Im Gegensatz zum sozialistischen Gedanken wollen die Gewerbevereine an dem Ausbau der bestehenden Gesellschaftsordnung mitarbeiten. Sie fordern die Gleichberechtigung, aber keine Herrschaft. Die Unbilligkeit der Sozialdemokratie, der Kampf gegen Religion und Kirche, haben auch die christlichen Gewerbevereine entstehen lassen. Aber noch eine andere Richtung hat ihr Radikalismus geschaffen und zwar die gelben Organisationen. Es besteht auch kein Zweifel, daß die feindschaftlichen Unternehmerverbände nur durch das radikale Vorgehen der sozialdemokratischen Gewerbevereine entstanden sind. Was die Einrichtungen der verschiedenen Organisationen betrifft, so sind diese alle den Gewerbevereinen entnommen, die man deshalb ohne Überhebung als die Pioniere der Arbeiterbewegung bezeichnen kann. Das Wort Harmoniebesitzer, mit dem man früher die Gewerbevereine belegte, kommt man jetzt selten oder gar nicht mehr zu hören; denn auch die sozialdemokratischen Gewerbevereine sind bemüht, durch Schaffung von Tarifverträgen, d. h. auf gutlichem Wege, durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern die Lage der Arbeiter zu verbessern. Deshalb müssen sich die Gewerbevereine auch von den Anarchosozialisten den Wortwurf machen lassen, daß sie von ihrem Standpunkt abgewichen und im Grunde genommen Gewerbevereiner geworden seien. Ein späterer Geschichtsschreiber wird den Deutschen Gewerbevereinen ein glänzendes Kapitel schreiben und die Verdienste des Dr. Max Hirsch um die Arbeiterbewegung würdigen. In den Gewerbevereinen wird nach wie vor der Grundgedanke der politischen und religiösen Unabhängigkeit hochgehalten. Das schließt aber nicht aus, daß jedes einzelne Gewerbevereinsmitglied sich außerhalb der Organisation am politischen Leben beteilige. Wenn das überall mit der nötigen Energie geschieht, dann werden auch die politischen Parteien unserer Bewegung

größere Beachtung schenken, als dies leider häufig noch der Fall ist. Der Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Nachdem dann noch die Bierversteuerung zur Sprache gekommen war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerbevereine geschlossen.

8. Leipzig. Die letzte Ortsverbandsvertretertagung fand am 28. August statt. Nach Verlesung verschiedener Eingänge wurde beschlossen, für die im Ausland befindlichen schwedischen Arbeiter an den Zentralkongress Karl Unterstützung zu senden. Nachdem gab Kollege Rißke die Abrechnung vom Sommerfest. Im Anschluß daran wurde beschlossen, im nächsten Jahre wieder ein solches zu veranstalten. Der Rassenbericht für das 2. Quartal gab wenig Stoff zur Diskussion. Dem Kassierer wurde für die gute Rassenführung der Dank abgebetet. Des weiteren erfolgten Mitteilungen über das abgelaufene Herbstvergnügen am 9. Oktober in „Sausouci“, welches in der althergebrachten Weise veranstaltet wird. Der fünfte Punkt brachte die Besprechung über eine große Gewerbevereinsversammlung, welche im Herbst stattfinden soll. Der Vorsitzende berichtete über den Briefwechsel mit Berlin, und nahmen die Vertreter gern davon Kenntnis, daß unser Verbandsvorsitzender Kollege Goldschmidt als Redner zu der Versammlung zugesagt hat. Die Entfaltung der Tätigkeit soll sofort beginnen, um die Versammlung — der Tag ist noch nicht feststehend — zu einer imposanten Kundgebung der Leipziger Gewerbevereiner zu machen. Sodann wurde unsere Stellung zu den bevorstehenden Landtagswahlen besprochen und beschlossen, die Kandidaten unter Vorlegung unseres Programms zu veranlassen, sich zu demselben zu äußern.

Verbands-Teil.

10. Leitung über eingekaufte Sammelgelder für die ausgesetzten Zeitarbeiter (Bauhandwerker) in Wühlbach in Baden.

Bauhandwerker: Wriezen a. O. M. 10. Bergarb.: Biskupitz 2, Wühlbach 3. Holzarbeiter: Lübeck 3,85. Maschinenbau- u. Metallarbeiter: Fürth 3. Summa M. 21,85. Bereits quittiert M. 1550,50. Ingesamt M. 1581,35. Berlin, den 6. September 1909. Rudolf Klein, Verbandskassierer.

3. Leitung über eingekaufte Unterhaltungs-gelder für die am Gen. ratifiziert beteiligten schwedischen Gefinnungsschölkern.

Bauhandwerker: Grimmen M. 8,30. Brauer: Hamburg 62. Bildhauer: Generalrat 30, Köln a. Rh. 15. Graphische Verfertiger und Maler: Baugen II 10, Düsseldorf 5, Halle 10. Holzarbeiter: Pöbeln 10. Maschinenbau- u. Metallarbeiter: Düren 6, Wassen 5, Oberhausen 4, Linden b. Hannover (Maschinenbau- u. Metallarbeiter und Fabrik- u. Handarbeiter) 85,35. Schneider: Bremerhaven 10, Potsdam 10, Lueddinburg 2,90, Steintin 10, Zerbst 3. Schuhmacher u. Lederarbeiter: Gagnau 10. Textilarbeiter: Chemnitz 7. Löffler: Leipzig 20. Ortsverbände: Rattowitz 30, Leipzig 50, Reutbad a. S. 10. Privat: C. Behne, Rahnsdorfer Mühle 5. Summa M. 418,55. Bereits quittiert M. 2308,90. Ingesamt M. 2727,35. Berlin, den 6. September 1909. Rudolf Klein, Verbandskassierer.

Besammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewer-

vereine, NO., Greifswalderstraße 221/228. Mittwoch, 8. September. Besprechung über: "Unsere Arbeit im Winter". Vortrag des Kollegen Wein: "Brennende Tagesfragen". — Gewerbevereins-Vereinstafel (G.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Leubungshunde im Verbandsbühnen der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — Diskussionsklub Noabitz. Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 58. — Fachwissenschaftlicher Diskussionsklub Berlin. Pflückerstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — Sonnabend, 11. September. Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Versammlung bei Rabau, Waldstr. 58. Vortrag des Lehrers Herrn Drewin über: "Vollständer". Beschlusfassung zum Sommerfest 1910. — Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Rottbuserstr. 6. Vortrag. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandsbühnen, Greifswalderstr. 221/228. Vortrag des Kollegen Angermann über: den Zentral-Arbeitsnachweis". Besprechung über Weihnachtsgeschenke. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen bei Koch, Böttcherstraße 22, im neuen Vereinslokal. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8-10 Uhr Zahlabend bei Krull, Putzuserstr. 51 und Kohlenbestellung.

Orts- und Bezirksverbände.

Hagen (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Reuther, Ecke Hanemannplatz und Zillierstraße. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüttenmanns Hotel, Poststr., Diskussionsabend (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — Dresden (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu Weberstraße 28, statt. Gäste w. w. l. — Köln (Diskussionsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant, Vater Kolping, Elfergasse. — Hamburg (Diskussionsklub). Jeden 2. u. 4. Mittwoch u. Monat bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Diskussionsklub). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hafensamp, Friedrich Wilhelmstraße, Diskussionsabend. — Walsheim-Nahe (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertretersitzung beim Hrn. Joh. Müller, Sandstraße 35. — Cottbus (Diskussionsklub) Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Roba, Berlinerstr. 120. — Leipzig (Gewerbevereins-Vereinstafel). Die Leubungshunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal "Stadt Hannover", Seeburgstraße 25, statt. Gäste und kumdebegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weiskensfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerbevereine). Leubungshunde jeden Dienstag, abends 8 1/2-11 Uhr im Vereinslokal "Schweizerhaus", Schützenstraße. Organisierte Gewerbevereinskollegen sind willkommen. — Fersohn (Diskussionsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhrstr. — Cottbus (Sängerchor der Gewerbevereine). Die Leubungshunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmdebegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — Seifenfischen (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvertretertagung, vormittags 10 Uhr, im Lehrerslokal C. Simon, Alter Markt.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Röntgenhütte, Ob.-Schl. (Ortsverb.). Nikolaus Schallert, Vorsitzender, Eintrachthütte bei Schwentochlowitz; Richard Ludwig, Schriftführer, Schwentochlowitz, Schlüßstr. 1. — Sorau, N.-L. (Ortsverband). Paul Hähnig, Schriftführer, Kirchplatz 8.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein Jahrgang 1908 auf kleinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsagossen und Vereinsbibliotheken 5, sonst 7 Mark bei vorheriger Einzahlung des Betrages N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben. Bestellungen an den Verbandskassierer R. Klein, Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/228.

Für Vereinsbibliotheken! 300 Bände

Romane, Erzählungen, humoristische Werke, Gesbücher, sämtlich neu und gut gebunden, sind billig zu verkaufen.

- 1. Serie ca. 95 Bände 60 Mk. 2. " " 85 " 25 " 3. " " 37 " 25 " 4. " " 50 " 35 " 5. " " 50 " 35 "

Nähere Auskunft erteilt der Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/228.

Cottbus (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Besprechungskarten im Werte von 75 Pfennig bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer, Kollege R. Prunzel, Gartenstraße 1.

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Diskussionsgeld im Gewerbevereinsbureau, Königshof 19. Außerdem erhalten dafelbst durchreisende former 75 Pf. von der former-Sektion. Auch der Arbeitsnachweis ist dort.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt: Weltanschauung und Arbeiterbewegung. Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk. Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich. Ein Leitfadens für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908. Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk. Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/228 zu richten sind, ist der Betrag mitzugeben. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.

Dagebau i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. aufzuehlt beim Ortsverbandskassierer G. Kollie, Ring Nr. 14. Chemnitz (Ortsverb.). Karten und Arbeitsnachweis bei Kollegen Kurt Weigel, Chemnitz-Soblenz, Rönischtr. 64. Baunhen. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei G. Gerbe, Wendischengraben 34. Grimmsau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung. Maternausgabe beim Kol. R. Adam, Glogauerstr. 13.